

Die Gen Z kommt in den Schuldienst – und rebelliert

12 Jan. 2026 06:30 Uhr

Trotz des in Deutschland grassierenden Lehrermangels hält man an der altbewährten Tradition fest, es den Junglehrern so schwer wie möglich zu machen. Das hat Folgen – denn die Gen Z, die jetzt ins Berufsleben einsteigt, lässt sich weniger bieten als die vorherige Generation.



© Urheberrechtlich geschützt.
"Lehrermangel" (Symbolbild)

Von Astrid Sigena

Deutschland leidet unter einem wachsenden Lehrermangel, dieses Problem ist weithin bekannt. Für das Jahr 2030 wird das Fehlen von bis zu 31.000 Lehrkräften [prognostiziert](#); andere Prognosen sprechen von 85.000 fehlenden Lehrern im Jahr 2035 (die neueste Prognose ist mit der Zahl von 49.000 etwas weniger dramatisch, aber immer noch [gravierend](#)). Natürlich ist der Lehrermangel nicht in allen Schulformen und in allen Fächern gleich drängend. So bleiben an [Berufsschulen](#) häufiger Lehrerstellen unbesetzt als an Gymnasien, während an den Gymnasien wiederum in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern Lehrer fehlen – genau die Fachbereiche, die auch für die Wirtschaft interessant sind. In anderen Fächern (traditionell sind dies Englisch und Deutsch) gibt es weiterhin einen Lehrerüberschuss, sodass es sich die Bundesländer [erlauben können](#), befristet beschäftigte junge Lehrkräfte jedes Jahr zu den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Der Lehrermangel hat dabei mehrere Ursachen: Derzeit verlassen die Lehrer aus der "Boomer"-Generation die Schulen, weil sie regulär in Pension gehen. An diesem Resultat des Alterungsprozesses der deutschen Gesellschaft lässt sich kaum etwas ausrichten, auch wenn die Bundesländer [versuchen](#), Lehrer zur Verlängerung ihrer Dienstzeit zu bringen. Auch das Weiterunterrichten im Ruhestand [gilt](#) als

Option. Dazu kommt, dass immer mehr Lehrer aufgrund von Erkrankungen oder von Überforderung vorzeitig in den Ruhestand eintreten, obwohl sie dadurch einen Versorgungsabschlag, also eine Kürzung ihres Ruhegehalts, in Kauf nehmen müssen. In Bayern [gingen](#) einem Bericht von 2024 zufolge über 80 Prozent der Lehrkräfte vorzeitig in Pension – zehn Jahre zuvor waren es nur 40 Prozent. Auch im Freistaat Sachsen [schied](#) im Schuljahr 2024/2025 die Mehrzahl der Pensionäre vorzeitig aus dem Schuldienst aus; dort waren es sogar ganze 86 Prozent. Die Teilzeitquote bei den Lehrkräften [stieg](#) derweil im Jahr 2025 auf ein Rekordhoch – sei es aus familiären Gründen oder weil ansonsten die Belastung nicht mehr tragbar erscheint. Auch die Ausweitung des Ganztagsunterrichts [führt](#) zu einer Erhöhung des Lehrkräftebedarfs.

Die Lösungsversuche der Bundesländer sind meist dazu angetan, noch mehr Lehrkräfte in die Frühpensionierung zu treiben, da sie zu einer vermehrten Belastung führen. So [versuchen](#) die Bundesländer Sachsen und Nordrhein-Westfalen, Lücken in der Unterrichtsversorgung durch (teilweise) verpflichtende Abordnungen zu schließen: Im Münsterland musste eine Grundschule gleich acht Klassenlehrerinnen nach Gelsenkirchen schicken. Abgesehen von der persönlichen Belastung durch verlängerte Fahrtzeiten zum neuen Schulort bei den betroffenen Lehrkräften führt diese Vorgehensweise auch zu einem komplizierten Umbau der Unterrichtsplanung der abgebenden Schule. Oft gleicht die Unterrichtsplanung der Quadratur des Kreises.

Sachsen-Anhalt wiederum wollte den Lehrermangel mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Lehrer um eine Unterrichtsstunde in den Griff bekommen – diese verpflichtende "Vorgriffsstunde" hatte jedoch das Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt, sodass jetzt wieder auf eine freiwillige Mehrarbeit [zurückgegriffen](#) werden muss. Wobei zu berücksichtigen ist, dass eine zusätzliche Unterrichtsstunde auch einen Mehraufwand bei der Vorbereitung und Nachbereitung des Unterrichts bedeutet. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wiederum will an die Teilzeitregelung gehen und die Möglichkeiten für Teilzeit bei Beamten, insbesondere bei Lehrern, [beschränken](#). An der hohen Belastung der Lehrkräfte, die dann zu Frühpensionierungen führt, ändert dies freilich nichts.

Angesichts dieser Problemlage verwundert es, dass die Bundesländer weiterhin an der Praxis des Referendariats festhalten, die von vielen Betroffenen seit Jahrzehnten als schikanös betrachtet wird. Das Verfahren des sogenannten Vorbereitungsdienstes ist je nach Bundesland und Schulform unterschiedlich, gemeinsame Charakteristika sind jedoch das relativ geringe Gehalt (bis zu [1700 Euro brutto](#) – zum Vergleich: ein verbeamteter Gymnasiallehrer [verdient](#) in Bayern 5970 Euro brutto im Monat) und die hohe Arbeitsbelastung (eine 50- bis 60-Stunden-Woche ist eine durchaus realistische [Einschätzung](#)). Nach der Bewältigung des Ersten Staatsexamens werden die Junglehrer für 18 bis 24 Monate an sogenannten Seminarschulen ausgebildet und unterrichten zugleich schon an Einsatzschulen (unter Anleitung erfahrener Kollegen) zunehmend selbstständiger. Der Fortschritt in der Lehrbefähigung wird durch mehrere Lehrproben (also Unterrichtsstunden im Beisein der Seminarlehrer) kontrolliert. Soweit das Ideal.

In der Praxis wird das Referendariat als äußerst belastend empfunden. Diese Belastung fängt bereits beim Pendeln zwischen Einsatz- und Seminarschule an, das oft mehrfache Umzüge oder zumindest weite Fahrtstrecken erforderlich macht. Die Referendare werden als unerfahrene Junglehrer oftmals weder von den Schülern und deren Eltern noch von den Kollegen für voll genommen. Häufig dürfen sie das Lehrerkollegium nur in Ausnahmefällen betreten, für die betreuenden Lehrkräfte sind sie eine zusätzliche Last. Die Lehrproben sind eine reine Show-Veranstaltung, die wenig bis nichts mit der tatsächlichen Unterrichtspraxis zu tun haben. Die Kooperation der Schüler wird häufig mit der

Bestechung mit Naschereien oder anderen Vergünstigungen erkaufte. Während die jungen Lehrkräfte selbst möglichst fortschrittliche Unterrichtsmethoden samt intrinsischer Motivation anwenden sollen (die Schüler sollen aus Freude und Interesse am Schulstoff mitarbeiten – oder es soll zumindest so getan werden), gilt an den Seminarschulen für sie selbst sogenanntes Bulimie-Lernen für die Abschlussprüfungen in Pädagogik und Psychologie – Stoff, den man binnen weniger Wochen wieder vergessen hat. Und das Schlimmste: All diese Mühen bringen kaum einen Lernfortschritt, eine Verbesserung des Unterrichts mit sich.

All das ist bereits seit Langem bekannt. Laut einer GEW-Umfrage aus dem Jahr 2025 **fühlen sich** 90 Prozent der hessischen Lehramtsreferendare körperlich und emotional erschöpft, 20 Prozent sogar so sehr, dass sie über einen Abbruch des Referendariats nachdenken. Als besonders belastend werden dabei die Unterrichtsbesuche durch die Ausbilder sowie die anfallenden Vertretungsstunden hervorgehoben. Und das sind diejenigen, die bereits das Erste Staatsexamen geschafft haben. Bereits zuvor hat eine Vielzahl der Studenten, die ursprünglich Lehrer werden wollten, aufgegeben. 40 Prozent der Lehramtsstudenten **brechen** bereits vor dem Ersten Staatsexamen und dem Referendariat ihre Ausbildung ab. Einen Lichtblick in der hessischen Umfrage gibt es immerhin: Die meisten der befragten Referendare fühlen sich von Ausbildern gut betreut. Der Ausbilder, der die Betreuung des ihm anvertrauten Junglehrers vernachlässigt, scheint also zumindest in Hessen nur ein Mythos zu sein.

Vielen Seminarlehrern ist das Problem bewusst, zugleich Ausbilder, Vertrauensperson bei schulischen Problemen und Prüfer zu sein – Rollen, die schwer zu vereinbaren sind. Vom Referendar wird erwartet, einerseits in Gesprächen mit dem Seminarlehrer sein Verhalten im Unterricht selbstkritisch zu reflektieren, andererseits liegt es in seinem Interesse (er will ja das Zweite Staatsexamen bestehen!), vor seinem Ausbilder eine möglichst gute Figur zu machen. Andere Seminarlehrer wiederum sehen ihre Aufgabe darin, ihre jungen Kollegen nach Möglichkeit zu desillusionieren. **Sprichwörtlich geworden** ist die Begrüßung junger Referendare in einem niedersächsischen Studienseminar: "Wir sind das Studienseminar mit der höchsten Selbstmordrate im Land." Die Schilderung stammt aus dem Jahr 2010 – immerhin darf man hoffen, dass der betreffende Ausbilder mittlerweile in Pension ist. Schilderungen aus Niedersachsen aus dem Jahr 2023 (es versteht sich aus der Natur der Sache, dass diese anonym erfolgten) deuten jedoch darauf hin, dass eine derartige problematische Einstellung bei so manchem Seminarlehrer immer noch **vorhanden ist**. So ist die Rede von "Piranha-Gesprächen", bei denen sich die Ausbilder regelrecht auf den Referendar stürzten, um ihn fertigzumachen.

Mittlerweile scheint sich jedoch etwas zu ändern. Nein, nicht an den Verhältnissen bei der Lehrerausbildung und dem Arbeitsleben der Lehrer in der Schule. Die haben sich – wie dargestellt – eher noch verschlechtert. Der Unterschied: Allmählich tritt die Gen Z (also die ab 1995 Geborenen) den Schuldienst an – eine Generation, deren Arbeitsmoral – Umfragen zufolge – als **problematisch** gilt (bereits den vorausgehenden "Millenials" wurde eine "Turnschuh-Mentalität" **zugeschrieben**, also das Bemühen, ohne große Anstrengung durchs Leben zu kommen). Oder positiv ausgedrückt: Diese Jahrgänge achten mehr auf ihre körperliche und psychische Gesundheit und sind weniger bereit, für sie unannehmbare Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Generell scheint die Gen Z bereitwilliger Beruf oder Arbeitsstelle **zu wechseln**, als dies bei den älteren Generationen der Fall ist.

Und diese Entwicklung scheint sich auch im Lehramt durchzusetzen. Auch wenn der eher konservative und leistungsorientierte Deutsche Philologenverband von einem angeblichen Mythos bezüglich des "Praxisschocks Referendariat" spricht und auf eine insgesamt geringe Abbrecherquote von 5 Prozent **hinweist**, deuten andere Zahlen auf eine Veränderung hin: So **geht** insgesamt die Zahl

derjenigen, die das Referendariat an einer Schule überhaupt antreten, bundesweit zurück. Etliche Lehramtsstudenten, die das Studium und das Erste Staatsexamen durchgezogen haben, **verzichten** darauf, das Referendariat zu beginnen – und das trotz der Aussicht auf eine lebenslange Verbeamtung und auf eine (im europaweiten Vergleich) sehr gute Bezahlung. Zumindest im Bundesland Nordrhein-Westfalen ist einer SPD-Anfrage zufolge auch die Zahl der Abbrecher im Referendariat im Jahr 2022 **gestiegen** (generell ist der Datenbestand – wie auch zur realen Arbeitsbelastung der Lehrer – bezüglich der Abbrecherquoten im Referendariat eher **gering** und die Bildungsministerien der Länder sowie die Seminarschulen selbst neigen zur Beschwichtigung).

Auch bei den bereits fertig ausgebildeten Lehrern steigt die Zahl derjenigen, die aus dem Lehrerberuf aussteigen: So haben im Jahr 2024 im Bundesland Nordrhein-Westfalen rund 700 Lehrer **gekündigt**, im Jahr davor waren es sogar 930 Lehrkräfte. Besonders beunruhigen müsste die Landesregierung, dass ein Drittel derjenigen, die den Schuldienst verließen, bis zu 40 Jahre alt war. Es sind also zu einem großen Teil die dringend benötigten Junglehrer, die aussteigen. Dabei können die Bildungsministerien der Länder von Glück reden, dass immer noch die Mehrzahl der Lehrer verbeamtet ist – was den Ausstieg aus dem Schuldienst aufgrund der finanziellen Nachteile durch die Nachversicherung und der meist privaten Krankenversicherung erschwert. Immerhin waren es im Jahr 2023 auch 320 verbeamtete Lehrer, die ihren Beruf an den Nagel **gehängt haben**. Auch in Hessen stieg die Anzahl der Aussteiger sowohl bei den verbeamteten als auch bei den angestellten Lehrern an. Manche Lehrer **verzichten** von vornherein auf die Verbeamtung, um sich gegebenenfalls den Ausstieg aus dem Schuldienst zu erleichtern. Insofern könnte eine vollständige Abschaffung der Verbeamtung von Lehrern, wie von einer Mehrheit der Bundesbürger **gewünscht**, zu einer zusätzlichen Abwanderung aus dem Lehrerberuf führen, sollten sich nicht zugleich die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Lehrkräfte verbessern.

Der Trend, den Lehrerberuf nicht mehr als Berufung für das ganze Leben aufzufassen, könnte sich also mit dem Berufseinstieg weiterer Jahrgänge der Gen Z noch verstärken. Schüler und Eltern hätten dann unter einem verstärkten Unterrichtsausfall zu leiden. Eine bedauerliche Entwicklung, aber wohl nicht zu vermeiden. Denn letztlich ist es wünschenswert, dass die Gen Z sich treu bleibt und eine übermäßige sowie sinnlose Dauerbelastung nicht mehr hinnimmt. Das deutsche Bildungssystem ist heruntergekommen bis ins Mark. Bisher hat man es mit Sich-durchwursteln versucht, ohne dass sich Nennenswertes geändert hätte. Wenn sich nur durch eine vermehrte Abwanderung von Lehrkräften ein Druck zur Veränderung hervorrufen lässt – nun, dann muss es offenbar so sein.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.